

Thema des Monats

Optimismus, Partnerschaft und konstruktive Kritik:

Die Bauwirtschaft im Gespräch mit Ministerpräsident Olaf Lies

Antrittsbesuch in der Staatskanzlei: Jürgen Oyen hat sich in seiner neuen Funktion als Präsident der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen mit Ministerpräsident Olaf Lies getroffen. Dabei wurden viele Themen besprochen, die für die Branche aktuell eine große Relevanz haben, wie die Herausforderungen beim Wohnungsbau und bei der Infrastruktur. An dem Gespräch nahm auch Wirtschafts-Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier teil.

Die Branche hat bei allen Themen konkret angesprochen, an welchen Stellen die Politik handeln muss. So wurden die Möglichkeiten durch das Sondervermögen ausdrücklich anerkannt, in den Betrieben kommt davon aber bislang zu wenig an. „Zwischen Ankündigung und Baustelle liegt weiterhin ein zu weiter Weg – er muss deutlich verkürzt werden, und das muss schnell geschehen“, sagte Oyen.

Beim Wohnungsbau sieht die Bauwirtschaft die neuen Spielräume durch die Novelle der Bauordnung positiv. Bislang ist allerdings festzustellen, dass diese Spielräume noch viel zu selten genutzt werden.

Das Bauhauptgewerbe glaubt an die Zukunft. Deshalb haben die Betriebe in diesem Jahr auch Beschäftigung aufgebaut. Jetzt braucht es aber auch eine kontinuierliche und auskömmliche Finanzierung.

Investitionen müssen Wertschöpfung auslösen. Niedersachsen braucht jetzt Aufbruchstimmung. Jede Baustelle ist eine gute Nachricht – denn wer baut, glaubt an die Zukunft. Dies ist laut Oyen die Vorbedingung dafür, dass Betriebe Personal- und Maschinenkapazitäten verlässlich planen – und Investitionen tatsächlich auf die Straße, in Wohnungen und in Infrastruktur bringen können.



INHALTSVERZEICHNIS

1 Thema des Monats

Die Bauwirtschaft im Gespräch mit Ministerpräsident Olaf Lies

2 Kommentar

Die Politik muss jetzt liefern
Niedersächsischer Hochbautag 2026
Kommunen drängen auf Bau der A39

3 Forum Nord

Im Gespräch mit Benedikt Hüppe, Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.

4 Forum Nord

Wohnungswirtschaft will Politik wachrütteln
PRIEN Bauunternehmung schließen Bildungspartnerschaft



DIE POLITIK MUSS JETZT LIEFERN

Die gute Nachricht: An finanziellen Mitteln wird der Ausbau der Infrastruktur in Niedersachsen in den kommenden Jahren nicht scheitern. Mit dem Sondervermögen und weiteren Investitionsprogrammen stehen Milliarden bereit. Jetzt muss dieses Geld schnell dort ankommen, wo es gebraucht wird. Moderne Infrastruktur entsteht nicht durch Ankündigungen, sondern durch schnelle und verlässliche Entscheidungen. Dafür müssen Planungs- und Genehmigungsprozesse konsequent beschleunigt und Zuständigkeiten vereinfacht werden. Es geht um nichts weniger als um einen echten Modernisierungsschub. Dieser ist unerlässlich für das Transitland Niedersachsen mit seinen – eigentlich – hervorragenden Bedingungen als Standort für Industrie, Logistik und Energie im Zentrum Europas.

Was die Bauwirtschaft jetzt benötigt, sind verlässliche Rahmenbedingungen und eine Politik, die Investitionen nicht durch unnötige Bürokratie ausbremst. Nur durch zügig umgesetzte Projekte gewinnen Unternehmen die notwendige Planungssicherheit und investieren in Personal, Maschinen und Innovationen. Davon profitiert nicht nur die Wirtschaft: Straßen, Brücken, Schulen, Krankenhäuser, Wohnraum und Energienetze verbessern die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger und stärken den Wirtschaftsstandort. Infrastruktur ist die Grundlage für Wachstum, Beschäftigung und gesellschaftlichen Wohlstand!

Beispiel A 39: Nach acht Jahren Rechtsstreit kann der siebte Bauabschnitt jetzt rechtssicher gebaut werden. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gibt es keine Ausreden mehr. Landesregierung, Bund und Autobahn GmbH müssen jetzt alles für den schnellen Baubeginn tun. Die Mittel stehen bereit. Jetzt werden Politik und Verwaltung an sichtbaren Ergebnissen gemessen.

NIEDERSÄCHSISCHER HOCHBAUTAG 2026

Am 11. und 12. November 2026 treffen sich in Einbeck Fach- und Führungskräfte der Bauwirtschaft zu einer Tagung, die aktuelle politische Rahmenbedingungen, technische Innovationen und konkrete Praxislösungen miteinander verbindet.

Veranstaltet wird der Niedersächsische Hochbautag vom Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen sowie vom Baugewerbe-Verband Niedersachsen.

Die Tagung bringt politische Entscheider, Wissenschaft, Technologieanbieter und Baupraxis zusammen. Sie soll nicht nur über aktuelle Entwicklungen bieten, sondern konkrete Ideen und Lösungsansätze für den Hochbau bieten.

Zum Auftakt wird Niedersachsens Finanzminister Gerald Heere Einblicke in zentrale Investitionsthemen für die Branche geben. Im Fokus stehen unter anderem die rund 9,4 Milliarden Euro, die Niedersachsen aus dem Sondervermögen Infrastruktur zur Verfügung stehen.

Das Programm des Niedersächsischen Hochbautages ist unter nachfolgendem Link abrufbar:

https://eveeno.com/nds-hochbautag_2026

KOMMUNEN DRÄNGEN AUF BAU DER A39

14 Kommunen aus Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt fordern gemeinsam den Bund auf, den Weiterbau der Autobahn 39 finanziell sicherzustellen. In einem Schreiben an Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) und Verkehrsminister Steffen Bilger (CDU) drängen Oberbürgermeister und Landräte darauf, die für den Bau des siebten Autobahnabschnitts in Ostniedersachsen notwendigen Gelder bereitzustellen, wie der Landkreis Uelzen für die beteiligten Kommunen mitteilte.

“Der Lückenschluss der A39 ist für die Wirtschaft und die Menschen in Ostniedersachsen von entscheidender Bedeutung“, heißt es nach Angaben des Landkreises in dem Schreiben. Das gelte im Verbund mit der A14 und der verbindenden Querspange B190n auch für Landkreise aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt.



Schnell, verlässlich, klar, gezielt

Im Gespräch mit Benedikt Hüppe, Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.



In der Landeshauptstadt wird dieses Jahr ein neuer Oberbürgermeister gewählt und nächstes Jahr finden die Landtagswahlen statt. Die Kandidaten laufen sich bereits warm. Welche Forderungen haben die Unternehmerverbände an die Politik?

Die Wirtschaft braucht schnelleres Handeln, verlässliche Regeln und eine klare, gezielte Standortpolitik. Niedersachsen steht im Wettbewerb mit anderen Regionen: um Unternehmen, Investitionen und Arbeitsplätze.

Heute dauern Planungen oft länger als der Bau selbst. Verfahren sind zu kompliziert, Standards zu aufwendig und Abläufe zu wenig abgestimmt. Das verteuert Projekte und kostet Zeit. Wir müssen Planung und Bau effizienter machen. Dazu gehören klare, praxistaugliche Standards und eine bessere Verzahnung zwischen Planung und Ausführung. Auch die Kostenverteilung zwischen Planung und Bau muss stimmen, damit Projekte wirtschaftlich umgesetzt werden können. Genehmigungen müssen insgesamt schneller und digital laufen, mit klaren Fristen und verbindlichen Entscheidungen.

Gleichzeitig brauchen Unternehmen Planungssicherheit. Wer investieren soll, muss wissen, womit er rechnen kann, bei Energiepreisen, Steuern und Auflagen. Ständige Änderungen kosten Vertrauen und bremsen Investitionen.

Und wir müssen gezielt steuern, wo wir hinwollen. Welche Branchen wollen wir stärken? Wo schaffen wir Flächen, wo bauen wir Infrastruktur aus? Eine aktive Standortpolitik entscheidet darüber, ob Investitionen nach Niedersachsen kommen oder woanders hingehen.

Nehmen wir den Bau in den Fokus. Ist aus Ihrer Sicht ausreichend sichergestellt, dass die notwendigen öffentlichen Bau-Investitionen auch aus dem Sondervermögen zielgerichtet ankommen und umgesetzt werden?

Das Geld ist da. Entscheidend ist, ob daraus auch gebaut wird. Im Moment scheitert vieles an Bürokratie, fehlendem Personal und unklaren Zuständigkeiten. Verfahren dauern

zu lange, Standards sind oft zu komplex, und die Abstimmung zwischen Planung und Bau funktioniert nicht immer. Das verzögert Projekte und treibt die Kosten. Die Verwaltungen müssen so aufgestellt sein, dass sie handlungsfähig sind und Entscheidungen zügig treffen können.

Genauso wichtig ist Verlässlichkeit bei der Ausgabe der Mittel. Unternehmen müssen sich darauf verlassen können, dass eingeplante Investitionen auch tatsächlich kommen und nicht verschoben oder gestoppt werden. Nur so können Kapazitäten aufgebaut und Projekte sicher geplant werden.

Außerdem kommt es darauf an, die richtigen Projekte zuerst anzupacken. Wenn alles gleichzeitig startet, kommt zu wenig voran. Klare Prioritäten und mehr Tempo sind entscheidend. Nur dann landet das Geld auch tatsächlich auf den Baustellen. Besonders wichtig sind Investitionen, die den Standort unmittelbar stärken: Verkehrswege, Schulen, Brücken, digitale Infrastruktur, Gewerbeflächen sowie Energie- und Netzinfrastuktural.

Welches Potenzial hat Niedersachsen als Flächen- und Transitland in der Bundesrepublik. Wie sehen Sie Niedersachsen im Ranking der Bundesländer und wo besteht Handlungsbedarf, um gegenüber den anderen Bundesländern zu punkten?

Niedersachsen hat starke Voraussetzungen: viel Fläche, leistungsfähige Häfen und eine zentrale Lage in Deutschland. Das macht das Land zu einem wichtigen Standort für Industrie, Logistik und Energie.

Das entscheidende Thema ist das Tempo. Bei Verkehrswegen, bei Flächen für Unternehmen und bei Energiefragen müssen wir schneller werden. Unternehmen erwarten funktionierende Straßen und Schienen, verfügbare Flächen und wettbewerbsfähige Energiepreise.

Gerade im Bau zeigt sich, wie wichtig effiziente Prozesse sind. Andere Bundesländer sind hier oft zügiger unterwegs. Wenn Niedersachsen nicht aufholt, entscheiden sich Investoren für andere Standorte. Die Chancen sind da, aber wir müssen sie konsequent nutzen.

Die Unternehmerverbände feiern in diesem Jahr ihr 75-jähriges Bestehen. Sehen Sie sich ausreichend gehört?

Die Wirtschaft wird angehört, aber das reicht nicht. Wichtig ist, dass aus Gesprächen konkrete Entscheidungen werden. Unternehmen wissen aus dem Alltag sehr genau, wo es hakt: bei den Verfahren, bei den Standards und bei den Kosten. Dieses Wissen muss stärker genutzt werden. Es geht nicht um mehr Runden oder längere Diskussionen. Es geht darum, schneller zu Ergebnissen zu kommen und die richtigen Entscheidungen auch umzusetzen. Die UVN verstehen sich dabei seit 75 Jahren als konstruktiver Partner der Politik, aber auch als starke Stimme der Wirtschaft, wenn politische Verfahren und betriebliche Realität auseinanderlaufen.



WOHNUNGSWIRTSCHAFT WILL POLITIK WACHRÜTTELN

Die sozial orientierten Wohnungsunternehmen ziehen eine ernüchternde Bilanz: Rekordinvestitionen reichen kaum für zusätzliche Projekte – und viele Sanierungen stehen auf der Kippe.

In Niedersachsen geht der Neubau bezahlbarer Wohnungen weiter zurück – und bei der sozial orientierten Wohnungswirtschaft wächst die Enttäuschung über die Politik. „Wir warten nun schon seit vier Jahren vergeblich auf eine Trendwende, die wir immer noch nicht sehen“, sagte Susanne Schmitt vom Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen Bremen (vdw). Trotz hoher Investitionsbereitschaft der Genossenschaften und Unternehmen, vielversprechender Ansätze auf Länderebene, Bauturbo und Gebäudetyp E fällt die Zahl der fertiggestellten Wohnungen immer weiter hinter die Ziele der Politik zurück. „Dass der Abwärtstrend auf unabsehbare Zeit anhält, sollte unsere politische Verantwortlichkeiten jetzt endlich wahrnehmen“, mahnt die vdw-Verbandsdirektorin.

Die aktuelle vdw-Jahresbilanz macht die Misere deutlich: Zwar kletterten die Gesamtinvestitionen der 180 Mitgliedsunternehmen 2025 leicht von 1,30 auf 1,37 Milliarden Euro. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen sank in Niedersachsen jedoch auf 897 – 2022 wurden im Verbandsgebiet noch fast dreimal so viele Einheiten dem Markt übergeben. „Die Unternehmen können jeden Euro nur einmal ausgeben“, erklärte Schmitt den Rückgang beim Neubau. Weil gewaltige Summen zwingend in die energetische Sanierung fließen müssen, werde das Budget für den Wohnungsneubau gekürzt: „2021 haben unsere Mitglieder fast 700 Millionen Euro für den Neubau ausgegeben. Davon bleibt in diesem Jahr kaum mehr als die Hälfte übrig.“ Düster fällt auch die Bilanz beim geförderten Wohnungsbau aus, wo die Zahl neu errichteter Sozialwohnungen von 418 auf 293 abstürzte. Dass die N-Bank ihre Förderkonditionen zuletzt leicht nachgebessert hat, bewertet der vdw zwar als Schritt in die richtige Richtung, Schmitt stellt aber klar: „Da ist noch Luft nach oben.“

Albert-Einstein-Oberschule Bremen und AUG. PRIEN Bauunternehmung schließen Bildungspartnerschaft

Mit Beginn des neuen Schuljahres gibt es in Bremen eine dritte Bildungspartnerschaft Bau: Die Albert-Einstein-Oberschule und die Bauunternehmung AUG. PRIEN arbeiten seit Ende August für berufliche Orientierung zusammen. „Mit dieser Bildungspartnerschaft profitieren weitere Bremer Klassen von praxisnahen Unterrichtsinhalten und Perspektiven in der Bauwirtschaft“, so Jörn P. Makko, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen.

Bremen ist eine von vier Niederlassungen der 1873 in Hamburg-Harburg gegründeten Bauunternehmung AUG. PRIEN, zu deren Portfolio nahezu das gesamte Spektrum des Bauens gehört. „Wir gehen eine solche Bildungspartnerschaft gerne ein, weil es uns sehr wichtig ist, junge Menschen beim Übergang ins Berufsleben zu unterstützen. Unsere Branche bietet vielfältige Chancen, und wir wollen sie aufzeigen – im Praktikum direkt auf der Baustelle!“, begründet Hauke Uphoff-Bartelds, Niederlassungsleiter Bremen, sein Engagement für die Oberschule.

Mit der Branchenbildungspartnerschaft Bau fördern SCHULEWIRTSCHAFT Bremen und der Bauindustrie-

verband Niedersachsen-Bremen berufliche Bildung an Schulen. Makko: „Wir wollen Berufsorientierung frühzeitig noch praxisrelevanter gestalten und dadurch Schülerinnen und Schülern mehr Ausbildungserfolg ermöglichen. Die Bauwirtschaft braucht Nachwuchskräfte in gut 36 technischen, gewerblichen und kaufmännischen Ausbildungsberufen.“



v.l.: Kristian Wickboldt, Sabine Kuhlmeier, Hauke Uphoff-Bartelds

IMPRESSUM

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen e. V.
Eichstraße 19 | 30161 Hannover
T +49 511 34834-0 | E info@bauindustrie-nord.de

Verantwortlich: Jan Hetebrügge
Nachdruck, auch auszugsweise gestattet.
Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.